Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4529**

17. Wahlperiode 25. 01. 2011

Antrag

der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Barbara Höll, Ralph Lenkert, Dorothee Menzner, Sabine Stüber und der Fraktion DIE LINKE.

EU-Klimaschutzziel erhöhen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Das gegenwärtige EU-Klimaschutzziel für das Jahr 2020 ist völlig unzureichend. Die angestrebte Emissionsminderung von 20 Prozent gegenüber 1990 bedeutet quasi eine Zementierung des Status quo. Denn der Ausstoß an Treibhausgasen lag schon im Jahr 2009 um 17 Prozent unter dem Niveau von 1990.
2. Die internationale Klimapolitik befindet sich in einer Sackgasse. Dazu hat die EU mit ihrer Verhandlungsstrategie, die Erhöhung ihres Klimaschutzziels auf Minderungen von 30 Prozent vom Fortschritt der UN-Klimaverhandlungen abhängig zu machen, maßgeblich beigetragen. Die Klimagipfel in Kopenhagen (2009) und Cancún (2010) haben eines klargemacht: Auf internationale Vorgaben als Taktgeber für nationale oder EU-Klimapolitik zu setzen, wäre verhängnisvoll. Der klimagerechte Umbau der EU-Mitgliedstaaten muss unabhängig vom Fortgang der UN-Klimaverhandlungen massiv beschleunigt werden.
3. Die Bundesregierung hat sich bislang vor einem klaren Bekenntnis zu einem EU-Klimaschutzziel von mindestens 30 Prozent gedrückt. Damit hat sie mit zur passiven Rolle der EU bei den UN-Klimaverhandlungen und zum Stillstand internationaler Klimapolitik beigetragen.
4. Die EU-Mitgliedstaaten müssen auf dem Europäischen Rat am 4. Februar 2011 als ersten Schritt ein Minderungsziel für den EU-Treibhausgasausstoß von mindestens 30 Prozent bis zum Jahr 2020 beschließen. Laut der Mitteilung der EU-Kommission „Analyse der Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % und Bewertung des Risikos der Verlagerung von CO_2-Emissionen“ von Mai 2010 würde die Umsetzung des 30-Prozent-Ziels kaum mehr kosten, als zwei Jahre zuvor für das 20-Prozent-Ziel veranschlagt wurde.
5. Die Szenarien des UN-Klimarats IPCC (Intergovermental Panel on Climate Change) sehen Minderungen der Industrieländeremissionen von 25 bis 40 Prozent bis zum Jahr 2020 vor, soll die globale Erwärmung zumindest auf zwei Grad begrenzt werden. Um ihrer Verantwortung als einer der Hauptverursacher des Klimawandels auch nur annähernd gerecht zu werden, muss die EU ein Minderungsziel von 40 Prozent anstreben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich auf dem Europäischen Rat am 4. Februar 2011 klar und unmissverständlich für die Erhöhung des EU-Klimaschutzziels zur Minderung der Treibhausgasemissionen auf mindestens 30 Prozent bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Niveau von 1990 einzusetzen und einen Beschluss darüber herbeizuführen. Die EU-Kommission soll zudem beauftragt werden, bis Ende diesen Jahres eine Konzeption zur weiteren Verschärfung des Klimaschutzziels auf eine Minderung von 40 Prozent vorzulegen.

Berlin, den 25. Januar 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333